

Anlage 1 – Allgemeine Erläuterungen zur Baumaßnahme und Eignungskriterien

Die bietende Person hat die gesamtverantwortliche Planung der erforderlichen Leistungen zu erbringen.

Auf nachfolgend genannte Punkte wird besonders hingewiesen:

- a.) Es wird empfohlen eine Ortsbesichtigung durchzuführen. Im Anschreiben zur Angebotsabgabe ist zu bestätigen, dass Sie jederzeit die Möglichkeit einer Ortsbesichtigung hatten.
- b.) Auf der Seite 4 dieser Anlage werden Unterlagen benannt, die mit dem Angebot einzureichen sind. Neben den auszufüllenden Anlagen 5 bis 7 sind Nachweise und Eigenerklärungen zur technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Anlage 1, Anlage 8 und Anlage 9) abzugeben. Der Auswertungsbogen (Anlage 11) dient der Information über die Durchführung der Auswertung bzw. Wertung.
- c.) Die Kosten für die Angebotsbearbeitung und -abgabe oder sonstige damit verbundenen Aufwendungen werden nicht erstattet.
- d.)
 - Vorgesehener Planungszeitraum:
Sofort ab Auftragserteilung bis Juni 2028.
 - Vorgesehene Bauzeit:
Juli 2028 bis Dezember 2030.
- e.) Geschätzte Baukosten:
 - Abschnitt 1 & 3: ca. 920.000 € (netto)
 - Abschnitt 2: ca. 3.580.000 € (netto)
- f.) Honorarzone III
- d.) Für den Streckenabschnitt 2 liegt bereits eine Entwurfsplanung vor. Die vorhandenen Entwurfsunterlagen sind in die weitere Planung im Rahmen der Leistungsphase 3 zu übernehmen, zu prüfen und in die Planung einzuarbeiten. Diese Leistung wird als besondere Leistung angefragt. Die Unterlagen werden vom Auftraggeber in digitaler Form (PDF und DWG) zur Verfügung gestellt.
- e.) Bei dem Projekt handelt es sich um eine Fördermaßnahme. Im Rahmen der Planungsphase müssen die erforderlichen Unterlagen zur Beantragung der Fördermittel eingereicht werden. In Abhängigkeit vom Bewilligungszeitpunkt der Fördermittel kann es zu Unterbrechungen bzw. Pausen im Planungsablauf kommen.

Mit der Bearbeitung der Leistungsphase 6 darf erst nach erfolgter Bewilligung der Fördermittel begonnen werden. Es wird auf Punkt 9 „Termine/Fristen“ der Anlage 3 verwiesen.

- f.) Wertung:
Der Angebotspreis wird mit 30% gewertet und die Leistung mit 70%.
- g.) Gewähltes Verfahren: Für dieses Verfahren wird das offene Verfahren gewählt. Für die Vergabe der Leistungen nach HOAI im Bereich Straßenplanung wurde das offene Verfahren gewählt, da die planerischen Rahmenbedingungen weitgehend durch die bestehenden örtlichen Gegebenheiten vorgegeben sind. Insbesondere führen die angrenzende Bebauung mit ihren zahlreichen Grundstückszufahrten und Erschließungen sowie der begrenzte verfügbare Straßenquerschnitt dazu, dass die planerischen Gestaltungsspielräume nur eingeschränkt vorhanden sind.
Der kreative und konzeptionelle Anteil der Planungsleistung wird daher als vergleichsweise gering eingeschätzt.
Im Vordergrund stehen vielmehr die technische und regelwerkskonforme Umsetzung sowie die wirtschaftliche Bearbeitung der Aufgabenstellung. Vor diesem Hintergrund erscheint das offene Verfahren als geeignet, um einen breiten Wettbewerb zu gewährleisten und gleichzeitig eine wirtschaftliche Vergabe sicherzustellen.
- h.) Der Bieter hat der Stadt Hattingen vor einer Auftragserteilung einen Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung vorzulegen. Der Bieter erklärt und weist durch gesonderte Bestätigung des Berufshaftpflichtversicherers nach, dass der Berufshaftpflichtversicherer die Unterbrechung des Versicherungsschutzes egal aus welchen Gründen oder die Beendigung des Versicherungsvertrages nachstehender Stelle unverzüglich schriftlich mitteilt:

Stadt Hattingen, FB Tiefbau, Engelbertstraße 3-5, 45525 Hattingen

Eignungskriterien

Zusätzlich zu den im Formblatt 124 geforderten Nachweisen und Eigenerklärungen sind folgende Eignungskriterien zu erfüllen:

1. Technische Ausstattung

Der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft hat nachzuweisen, dass für die Bearbeitung der Planungsaufgabe geeignete technische Ausstattungen vorhanden sind. Hierzu zählen insbesondere:

- CAD-Software für die Planung und Bearbeitung von Verkehrsanlagen,
- AVA-Software (Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung) zur Erstellung und Bearbeitung von Leistungsverzeichnissen sowie zur Kostenverfolgung.

Wir arbeiten mit folgenden Programmen:

CAD-Software:

AVA-Software:

2. Referenzen

Es sind mindestens drei vergleichbare Referenzprojekte gemäß den Anforderungen der Anlage 7 vorzulegen. Die Referenzen müssen die dort benannten Mindestanforderungen erfüllen.

3. Angaben zum Haftpflichtversicherungsträger

☐ *nein, ich bin/wir sind nicht versichert.*

☐ *ja, ich bin/wir sind versichert bei*

dem folgenden
Haftpflichtversicherungsträger:

Deckungssumme mindestens
3.000.000 € bei Personenschäden:

Deckungssumme mindestens
1.000.000 € bei Sachschäden:

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir einen Nachweis meines/unseres Haftpflichtversicherungsträgers vorlegen.

4. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Der Gesamtumsatz des Ingenieurbüros	2025
muss mindestens 500.000 €	2024
durchschnittlich in den letzten drei Jahren	2023
betragen. Der Durchschnitt der letzten	
drei Jahre wird gebildet.	Durchschnitt

Der Gesamtumsatz des Ingenieurbüros	2025
muss im Bereich Verkehrsanlagen	2024
mindestens 250.000 € durchschnittlich in	2023
den letzten drei Jahren betragen. Der	
Durchschnitt der letzten drei Jahre wird	Durchschnitt
gebildet.	

5. Technische Leistungsfähigkeit

Das Gesamtpersonal des Ingenieurbüros	2025
muss mindestens acht Mitarbeiter	2024
durchschnittlich in den letzten drei Jahren	2023
betragen. Der Durchschnitt der letzten	
drei Jahre wird gebildet.	Durchschnitt

Das Gesamtpersonal des Ingenieurbüros	2025
muss im Bereich Verkehrsanlagen	2024
mindestens vier Mitarbeiter	2023
durchschnittlich in den letzten drei Jahren	
betragen. Der Durchschnitt der letzten	Durchschnitt
drei Jahre wird gebildet.	

Folgende Unterlagen sind der Angebotsaufforderung beigelegt

- | | |
|------------|--|
| Anlage 1: | Allgemeine Erläuterungen zur Baumaßnahme und Eignungskriterien |
| Anlage 2: | Allgemeiner Teil - Objektplanung - Verkehrsanlagen |
| Anlage 3: | Besonderer Teil - Objektplanung - Verkehrsanlagen |
| Anlage 4: | Teilleistungsvereinbarung - Objektplanung - Verkehrsanlagen |
| Anlage 5: | Ermittlung der Vergütung – Abschnitt 1 & 3 |
| Anlage 6: | Ermittlung der Vergütung – Abschnitt 2 |
| Anlage 7: | Zusammenstellung der Vergütung |
| Anlage 8: | Nachweis fachliche Qualifikation des vorgesehenen Personals |
| Anlage 9: | Nachweis Qualifikation Ingenieurbüro |
| Anlage 10: | Umfang der angefragten Ingenieurleistung |
| Anlage 11: | Auswertungsbogen |

1. Projektbeschreibung

1.1 Maßnahme

Die Stadt Hattingen plant die bestandsorientierte Ertüchtigung der Straße „Am Büchschütz“ im Stadtteil Welper auf einer Gesamtlänge von ca. 1.400 m. Die Maßnahme erstreckt sich von der „Hüttenstraße“ bis zur Straße „Zum Ludwigstal“. Zusätzlich soll die Werksstraße bis zum Kreisverkehr sowie die Brandtstraße bis Hausnummer 14 saniert bzw. ausgebaut werden.

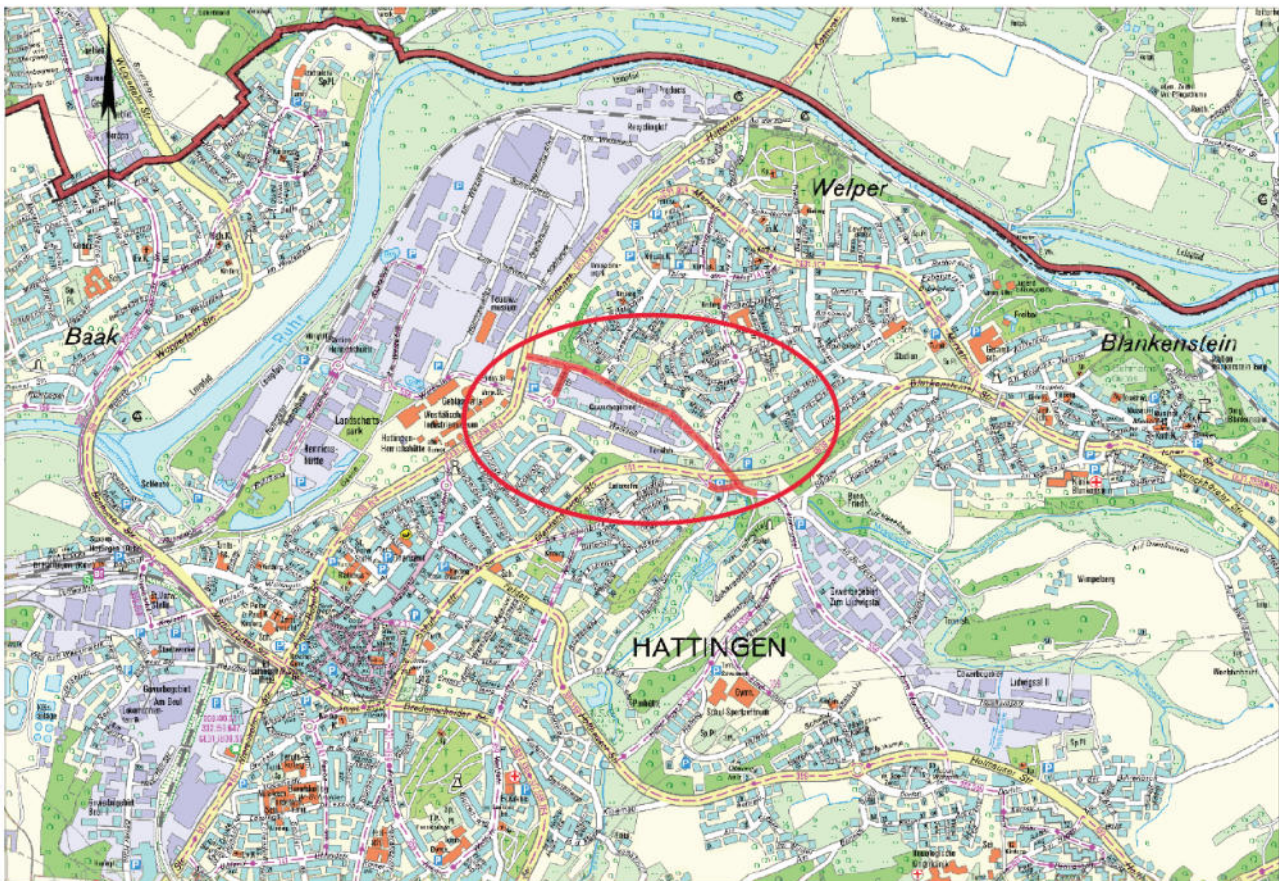


Abb. 1: Übersichtlageplan

1.2 Hintergrund

Die Ertüchtigung der Straßen ist aufgrund gravierender Schäden im Straßen- und Gehwegaufbau sowie in der Asphaltbefestigung erforderlich. Es bestehen erhebliche Unebenheiten in Quer- und Längsrichtung sowie Risse, Substanzverlust und Inhomogenität im Belag und Aufbau. Zudem sollen straßenbegleitende Radwege hergestellt und die vorhandenen Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut werden.

1.3 Umfang der Maßnahme

Im Rahmen der Maßnahme ist die Herstellung bzw. Sanierung des Oberbaus der Fahrbahn sowie der begleitenden Gehwege vorgesehen.

Zur Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs sollen im Zuge der

Straßenertüchtigung entsprechende Radwege bzw. entsprechende Angebote für den Fahrradfahrer geschaffen werden.

Für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind beidseitig der Straße „Am Büchsenschütz“ barrierefreie Bushaltestellen in Form von Buskaps zu schaffen.

Alle Einmündungen und Grundstückszufahrten sollen höhen- und lagemäßig an die neuen Straßenverhältnisse angebunden werden.

Zusätzlich ist eine Neustrukturierung der Anbindungen im Kreuzungsbereich „Zum Ludwigstal“ / „Brandtstraße“ sowie der Einmündungsbereiche der Straße „An der Hunsebeck“ und der Rampe zur L 924 vorgesehen.

Die bestehenden Entwässerungsanlagen (Straßenabläufe) sind zu erneuern, an die neuen Straßenverhältnisse anzupassen bzw. durch neue Straßenabläufe zu ergänzen.

Die im Bereich der Straßenbaumaßnahme befindlichen Kanäle werden im Zuge der Maßnahme durch den Ruhrverband saniert bzw. erneuert und sind nicht Bestandteil dieser Ausschreibung. Alle Planungs- und Baumaßnahmen haben in enger Abstimmung mit dem Ruhrverband zu erfolgen.

Die vorhandene Straßenbeleuchtung soll vollständig zurückgebaut werden. Im gesamten Baubereich ist die Herstellung einer neuen Straßenbeleuchtung, einschließlich Neuverkabelung, vorzusehen. Die Straßenbeleuchtungsanlagen sollen im Zuge der Bauausführung verändert und in LED ausgeführt werden. Teilweise sind neue Mast- und Leuchtenstandorte zu planen. Die Planung und Festlegung der neuen Straßenbeleuchtungsanlage erfolgt im Wesentlichen durch den örtlichen Versorger, die AVU Netz GmbH, Gevelsberg.

Die vorhandenen Lichtsignalanlagen bleiben in ihrer grundsätzlichen Funktionsweise erhalten und sollen lediglich an die neuen Straßenverhältnisse angepasst werden. Auch hier erfolgt die wesentliche Planung durch Dritte.

Sämtliche im Rahmen der Straßenbaumaßnahme auszuführenden Arbeiten im Zusammenhang mit der Straßenbeleuchtung und den Lichtsignalanlagen sind mit den beteiligten Fachplanern abzustimmen, zu koordinieren und in die Gesamtplanung zu integrieren. Hierzu zählen u.a. die erforderlichen Erdarbeiten, die Herstellung der Mastfundamente, das Setzen der Masten sowie die Leerrohrverlegung einschließlich der erforderlichen Verkabelung.

Im Rahmen der Planung sind die Grundsätze der klimaangepassten Straßenraumgestaltung nach dem Schwammstadtprinzip zu berücksichtigen. Ziel ist die möglichst ortsnahe Rückhaltung, Versickerung, Verdunstung und Nutzung von Niederschlagswasser zur Entlastung der Kanalisation, zur Verbesserung des Mikroklimas sowie zur Stärkung der Klimaresilienz des Straßenraums.

Hierzu sind die örtlichen Randbedingungen hinsichtlich Flächenverfügbarkeit, Bodenverhältnissen, Grundwasserständen, Leitungsbestand, Verkehrssicherheit und Unterhaltung zu untersuchen. Potenzielle Maßnahmen wie Mulden, Rigolen, Baumrigolen, Retentionsflächen, versickerungsfähige Befestigungen, begrünte Seitenräume sowie weitere geeignete Elemente des dezentralen Regenwassermanagements sind zu prüfen und hinsichtlich ihrer technischen, wirtschaftlichen und betrieblichen Umsetzbarkeit zu bewerten.

1.4 Ausbauabschnitte

Hinsichtlich des Sanierungs- bzw. Ausbaubedarfs ergeben sich drei Streckenabschnitte (siehe Lageplan im Anhang):

Abschnitt 1:

„Hüttenstraße“ bis zur Einmündung „Am Schewenkamp“, einschließlich „Werksstraße“ bis zum Kreisverkehr (Länge: ca. 535 m)

- Erneuerung der Asphaltdeck- und Asphaltbinderschichten
- Erneuerung der Straßenbeleuchtung



Bild 1: Einmündung Hüttenstraße (FR Northwest)



Bild 2: Werksstraße (FR Nord)



Bild 3: Einmündung Werksstraße (FR Nordwest)



Bild 4: Am Büchschütz (FR Südost)



Bild 5: Einmündung Am Schewenkamp (FR Südost)



Bild 6: Übergang Abschnitt 1 zu Abschnitt 2 (FR Südost)

Abschnitt 2:

Einmündung „Am Schewenkamp“ bis Überführungsbauwerk der L 924 „Blankensteiner Straße“ (Länge: ca. 625 m)

- Straßenvollausbau, einschließlich Geh- und Radwege
- Herstellung barrierefreier Bushaltestellen
- Anpassung der Lichtsignalanlage (LSA)
- Erneuerung der Straßenbeleuchtung



Bild 7: Am Büchsenschütz (FR Südost)



Bild 8: Am Büchsenschütz (FR Südost)



Bild 9: Einmündung Werksstraße (FR Südost)



Bild 10: Kreuzung An der Hunsebeck / L924 (FR Südost)



Bild 11: Am Büchsenschütz (FR Südost)



Bild 12: Übergang Abschnitt 2 zu Abschnitt 3 (FR Südost)

Abschnitt 3:

Überführungsbauwerk der L 924 „Blankensteiner Straße“ bis „Zum Ludwigstal“ (Zuwegung zu Hausnummer 2), einschließlich „Brandtstraße“ bis Hausnummer 14 (Länge: ca. 240 m)

- Erneuerung der Asphaltdeck-, Asphaltbinder- und Asphalttragschichten, einschließlich Geh- und Radwege
- Erneuerung der Straßenbeleuchtung



Bild 13: Überführungsbauwerk der L924 (FR Südost)



Bild 14: Brandtstraße (FR West)



Bild 15: Zum Ludwigstal (FR Südost)

2. Ziel

Die erforderlichen Leistungen für die Objektplanung der Verkehrsanlagen gemäß HOAI sollen durch ein Ingenieurbüro bearbeitet werden.

Hinweis: Für den Abschnitt 2 liegt bereits eine Entwurfsplanung vor!

Die zu beauftragenden Leistungen umfassen:

Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung (Abschnitt 1 & 3)
Leistungsphase 2 – Vorplanung (Abschnitt 1 & 3)
Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung (Abschnitt 1 & 3)
Leistungsphase 5 – Ausführungsplanung (Abschnitt 1 & 2 & 3)
Leistungsphase 6 – Vorbereitung der Vergabe (Abschnitt 1 & 2 & 3)
Leistungsphase 7 – Mitwirkung bei der Vergabe (Abschnitt 1 & 2 & 3)
Leistungsphase 8 – Bauoberleitung (Abschnitt 1 & 2 & 3)
sowie die besonderen Leistungen (Abschnitt 1 & 2 & 3)

3. Zeitschiene

- **Vorgesehener Planungszeitraum:**

Sofort ab Auftragserteilung bis Juni 2028.

- **Vorgesehene Bauzeit:**

Juli 2028 bis Dezember 2030.

4. Schätzkosten

Für die Straßenbaumaßnahmen der **Abschnitte 1 & 3** werden anrechenbare Kosten in Höhe von **920.000 € netto** veranschlagt. Aufgrund der durchschnittlichen Anforderungen wird die **Honorarzone III** angesetzt.

Für die Straßenbaumaßnahmen des **Abschnitts 2** werden anrechenbare Kosten in Höhe von **3.580.000 € netto** veranschlagt. Aufgrund der durchschnittlichen Anforderungen wird die **Honorarzone III** angesetzt.

Die Übernahme und Einarbeitung der vorhandenen Entwurfsplanung für den **Abschnitt 2** wird als besondere Leistung in Leistungsphase 3 angefragt.

5. Anforderungen an die Projektleitung

Für die Maßnahme ist vor einer Auftragserteilung für diesen Planungsauftrag eine Projektleitung für die Planung zu benennen, die über den gesamten Projektzeitraum für die Baumaßnahme verantwortlich und zuständig ist. Darüber hinaus ist eine Vertretung der Projektleitung festzulegen.